

Hemmungen fallen weiter, Zeit zu handeln.

Hintergrundpapier zur Veröffentlichung der Jahresstatistik:
Rechte Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern 2025
der Beratungsstelle LOBBI

Rostock, 16. April 2026



Sperrfrist zur Veröffentlichung, 16. April 2026, 10:30 Uhr

Die Arbeit der LOBBI wird:

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Kofinanziert von der
Europäischen Union



Überblick

Für das Jahr 2025 hat LOBBI insgesamt 157 rechte, rassistische, antisemitische und queerfeindliche Angriffe registriert¹. Das entspricht durchschnittlich etwa drei Angriffen pro Woche und markiert gegenüber dem Vorjahr einen erneuten Anstieg. Damit erreicht die Zahl der erfassten Angriffe abermals einen Höchststand seit Beginn des Monitorings.

Die zentralen Entwicklungen setzen sich fort: Rassismus bleibt mit deutlichem Abstand das häufigste Tatmotiv. Gleichzeitig geraten politisch Engagierte sowie queere Menschen und solidarische Unterstützer:innen zunehmend ins Visier der Täter:innen.

Besorgniserregend ist zudem die wachsende Brutalität der Angriffe. Der Anteil von Körperverletzungsdelikten, darunter auch zahlreiche gefährliche Körperverletzungen, nimmt weiter zu. Rechte Angriffe treffen immer häufiger auch die Jüngsten in der Gesellschaft. Der erschütternde Trend, dass zunehmend Kinder und Jugendliche von rechter Gewalt betroffen sind, zeigt sich auch 2025. Dabei ist die Mehrheit der Angriffe auf Minderjährige rassistisch motiviert.

Insgesamt waren im Jahr 2025 mindestens 240 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern von rechten Angriffen betroffen.



Rechte Angriffe in Mecklenburg-Vorpommern 2003-2005, Monitoring der LOBBI.

In diesem Papier im Folgenden:

Allgemeine Einschätzung

Tatmotive

Rassismus

Politische Gegner:innen und jugendliche Täter:innen

Feindbild LGBTQIA+

Delikte

Regionale Verteilung

Beratung

Ausblick

¹ Was die LOBBI unter »rechte Gewalt« versteht und nach welchen Kriterien Angriffe erfasst werden, ist hier beschrieben: <https://lobbi-mv.de/monitoring/warum-und-wie-wir-rechte-gewalttaten-erfassen/>

Allgemeine Einschätzung

Die Entwicklungen im Jahr 2025 bestätigen nicht nur die Trends der Vorjahre, sondern weisen in Teilen auf eine weitere Verschärfung hin. Dabei ist besonders alarmierend, dass sich die Dynamik nicht nur auf einzelne auslösende Ereignisse oder Kampagnen zurückführen lässt, sondern Ausdruck einer breiter angelegten gesellschaftlichen Entwicklung ist.

Innenpolitische Debatten, in denen Migration, vor allem als Problem verhandelt wird, tragen genauso zur Verschiebung von Sagbarkeitsgrenzen bei, wie die Markierung von Vielfalt oder queerer Sichtbarkeit als Feindbild oder gegnerische Ideologie. Rassistische und demokratiefeindliche Positionen erscheinen zunehmend als legitime Bestandteile öffentlicher Auseinandersetzungen. Für Betroffene hat dies konkrete Folgen: Sie werden nicht nur zum Gegenstand politischer Debatten, sondern erleben eine zunehmende Legitimation von Ausgrenzung und Gewalt gegen sich.

Zugleich lässt sich bundesweit eine Verschiebung politischer Prioritäten beobachten. Anstatt konsequent die Perspektiven und den Schutz der Betroffenen in den Mittelpunkt zu stellen, richtet sich ein erheblicher Teil der Aufmerksamkeit auf den Umgang mit der erstarkenden »neuen Rechten«. Strategien der Einhegung gehen dabei häufig mit inhaltlichen und rhetorischen Annäherungen oder Duldungen einher. Dies trägt zu einer Entsolidarisierung bei und verstärkt den Eindruck, dass Betroffene rechter Gewalt politisch nachrangig behandelt werden.

Hinzu kommt, dass rechte Akteur:innen ihre Handlungsspielräume erweitern. In Mecklenburg-Vorpommern haben die veränderten parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse auf den verschiedenen Gliederungsebenen bereits vielerorts nachhaltige Auswirkungen auf die politische Kultur. Demokratische Akteur:innen reagieren darauf immer öfter mit Resignation oder Rückzug.

Die in vielen Regionen des Landes schon immer präsente neonazistische Szene reagiert auf diese Entwicklungen mit weiterer Raumnahme und noch stärkeren Dominanzbestrebungen. Nach Jahren der Stagnation wächst diese Szene und die Anzahl ihrer Sympathisant:innen wieder und sie wirkt zunehmend selbstbewusst. Die Wahrnehmung, sich in einem gesellschaftlichen Klima relativer Zustimmung oder zumindest geringer Gegenwehr zu bewegen, war schon immer ein Faktor für die Zunahme von rechter Gewalt.

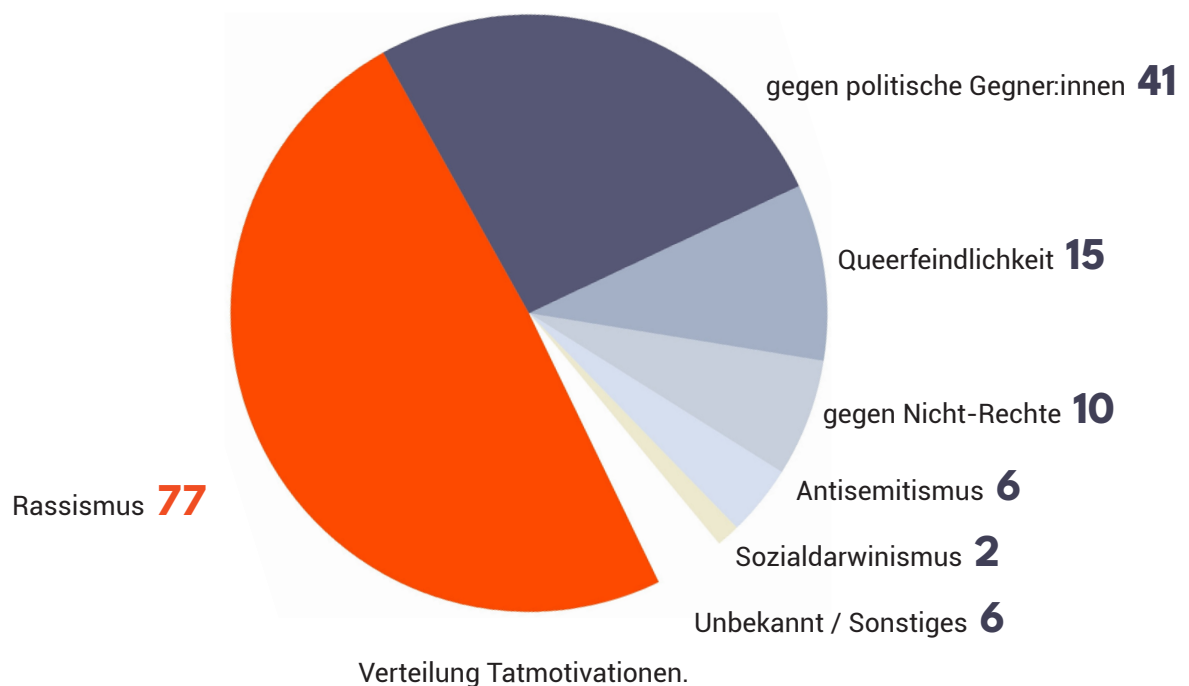
Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach historischen Parallelen. Zunehmende Gewaltbereitschaft, insbesondere von jüngeren Täter:innen, zunehmende Verunsicherung unter zivilgesellschaftlich Aktiven und eine Abkehr von der Betroffenenperspektive als handlungsleitendes Prinzip werfen die Frage auf, inwieweit sich Entwicklungen wiederholen, die an die sogenannten »Baseballschlägerjahre« erinnern. Auch wenn die Kontexte nicht gleichzusetzen sind, verweisen die aktuellen Tendenzen auf eine erneute, wachsende Normalisierung rechter Gewalt.

Die von der LOBBI dokumentierten Fälle bilden dabei lediglich das Hellfeld ab, also jene Angriffe, die bekannt geworden sind. Das tatsächliche Ausmaß rechter Gewalt liegt deutlich darüber. Angst vor weiterer Gewalt ist ein wichtiger Grund, warum Angriffe nicht gemeldet oder angezeigt werden, aber auch Misstrauen gegenüber Behörden oder die Sorge, keine Unterstützung zu erhalten. Aber auch wenn Fälle polizeibekannt werden, bedeutet dies nicht immer, dass Tatmotive richtig eingeschätzt und erfasst werden. Häufig bleibt das Bekanntwerden von Angriffen auch in den Netzwerken stecken, die die Betroffenen umgeben, wie beispielsweise Betreuungs- und Hilfsstrukturen. Hinzu kommt, dass Betroffene Diskriminierung und Gewalt im Alltag teilweise normalisieren oder nicht als »meldewürdig« einschätzen. Außerdem kommt

es vor, dass sie ihre Rechte und bestehende Unterstützungsangebote gar nicht oder nicht ausreichend kennen. Für manche Menschen ist das Erlebte auch zu traumatisch oder schamhaft, weshalb sie sich weder an Beratungsstellen noch an die Polizei wenden. Auch Angst vor unvorhersehbaren Konsequenzen spielt eine Rolle – beispielsweise sekundäre Viktimisierung² in Ermittlungs- und Strafverfahren oder ungewollte Öffentlichkeit. Umso wichtiger bleiben die kontinuierliche Netzwerkarbeit für und die direkte Unterstützung von Betroffenen.

Tatmotive

Mit 77 registrierten Angriffen bleibt Rassismus auch im Jahr 2025 das mit Abstand häufigste Tatmotiv und macht damit beinahe die Hälfte aller dokumentierten Fälle aus.



Die Zahl der Angriffe auf (vermeintliche) politische Gegner:innen bleibt mit 41 Angriffen in etwa auf dem Niveau von 2024 (40 Attacken), was einen deutlichen Anstieg gegenüber den Vorjahren markierte.

15 Angriffe richteten sich gegen Menschen, die aus queerfeindlichen Motiven angegriffen wurden.

Hinzu kommen 10 Angriffe auf nicht-rechte Personen. Darunter versteht die LOBBI Angriffe, die von rechten Täter:innen begangen werden, weil sich die Betroffenen dem rechten Dominanzanspruch widersetzt haben. Nicht, weil sie selbst politisch aktiv gegen rechts engagiert sind, sondern weil sie beispielsweise nicht mitmachen oder widersprechen.

Im März zeigt ein Mann im öffentlichen Nahverkehr in Rostock mehrfach den Hitlergruß und beleidigt andere Fahrgäste rassistisch. Unter anderem sagt er, man müsse „die Araber und Afghanen alle abschießen und abschieben“. Als er von zwei Frauen auf sein Verhalten angesprochen wird, beschimpft er diese misogyn und attackiert sie körperlich.

² Sekundäre Viktimisierung bezeichnet die erneute oder zusätzliche Traumatisierung, die eine von einem Angriff betroffene Person durch das Verhalten anderer nach der Tat erleidet bspw. durch ein diskriminierendes Verhalten der Polizei, Justiz, Personen im Umfeld oder Medien.

In Schwerin provoziert Mitte Mai der Gast eines Clubs solange andere Anwesende, bis die Security einschreitet und ihn hinauswirft. Vor der Tür greift er die Türsteher mit einer Flasche und einem Stock an und skandiert dabei wiederholt neonazistische Parolen.

In 2025 registrierte die LOBBI mit sechs antisemitisch motivierten Angriffen ebenfalls einen Höchststand. Dabei handelte es sich in vier Fällen um Körperverletzungen und in zwei Fällen um Bedrohungen. Die Betroffenen sind nicht in allen Fällen jüdisch, wurden jedoch während der Tatbegehung antisemitisch beschimpft.³

In Neubrandenburg reinigte ein Frau im Gedenken an jüdische Neubrandenburger:innen, die im Nationalsozialismus ermordet wurden, so genannte Stolpersteine. Nachdem sie fertig ist, bemerkt sie drei augenscheinlich rechte Jugendliche, die auf die Steine treten, sie bespucken und sich antisemitisch äußern. Als sie einschreitet, attackiert sie einer der Jugendlichen und stößt sie gegen ein Auto. Trotz mehrerer Passant:innen in Sichtweite und ihrer Hilferufe erhält sie keine Unterstützung. Auch der Fahrer des Autos steigt wortlos ein und fährt davon. Schließlich kann sich die Frau in der Nähe zweier Frauen in Sicherheit bringen.

Zwei Angriffe waren sozialdarwinistisch motiviert. Besonders brutal war dabei ein Angriff zu Jahresbeginn in Rostock, bei dem am 4. Januar mehrere Jugendliche im Alter von 15 bis 16 Jahren auf einen obdachlosen Mann einschlugen und ihn bedrohten – vorgeblich mit dem Ziel, sein Bargeld zu rauben. Der Betroffene erleidet dabei schwere Kopfverletzungen.

Die Tat erinnert in erschreckender Weise an die massive Gewalt gegen wohnungslose Menschen in Mecklenburg-Vorpommern rund um das Jahr 2000, bei der mehrere Menschen ums Leben kamen. Da den Tätern häufig auch geringe Bargeldbeträge entwendet wurden, blieb das bereits in der Opferauswahl zu Grunde liegende sozialdarwinistische Motiv oft unberücksichtigt und wurde nur in wenigen Fällen offiziell anerkannt.

Die LOBBI erinnert mit der Webseite kein-vergessen-mv.de an die Taten und ihre Opfer und widmete sich dem Thema sozialdarwinistischer Gewalt in einem gesonderten Artikel.

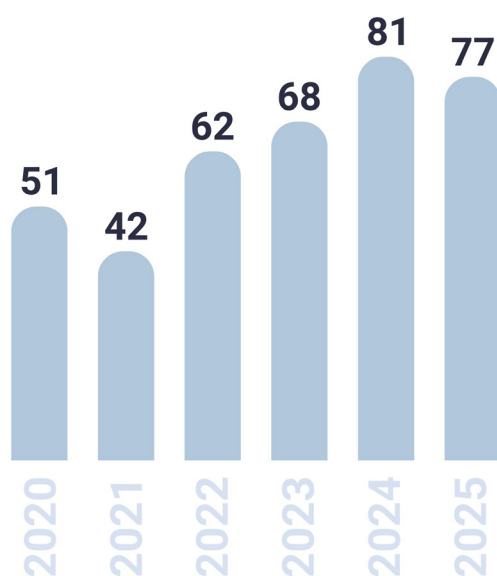
In sechs Fällen wurden Angriffe mit dem Motiv »Unbekannt« oder »Sonstige« kategorisiert. Dabei handelt es sich üblicherweise um Meldungen, die seitens der Polizei als Politisch rechts motiviert deklariert werden, deren genaues Tatmotiv jedoch in den Fallschilderungen unklar bleibt.

Rassismus

Der weiterhin hohe Anteil an rassistischen Gewalttaten ist, mit knapp der Hälfte der Angriffe, im Vergleich zu den Vorjahren erwartungsgemäß (2024: 54 %; 2023: 61%). Politische Debatten über Flucht und Asyl waren auch im Berichtsjahr stark von problemorientierten Darstellungen und Bedrohungsszenarien geprägt und trugen damit zur Verbreitung und Normalisierung rassistischer Narrative bei. Ein besonders prominentes Beispiel dafür war die sogenannte »Stadtbilddebatte« zum Thema Sicherheit im öffentlichen Raum vom Herbst 2025. Derartige Diskurse begünstigen Radikalisierungsprozesse und können Gewalt legitimieren. Wenn Migration dau-

³ Die LOBBI erfasst antisemitische und queerfeindliche Taten unabhängig von ihrer Kategorisierung im polizeilichen Phänomenbereich »rechts« oder anderen Zuordnungen wie etwa den 2017 eingeführten Phänomenbereichen »religiöse Ideologie« oder »Sonstige Zuordnung«. Die Bewertung der Betroffenen und die aus der Tat sprechende antisemitische beziehungsweise queerfeindliche Motivation sind für eine Zählung ausschlaggebend. Die Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern (DIA.MV) veröffentlicht am 12. Mai 2026 einen ausführlichen Jahresbericht zu antisemitischen Vorfällen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2025. Auf der Grundlage eines bundesweit einheitlichen Kategoriensystems der RIAS-Meldestellen erfasst sie neben gewalttätigen Angriffen auch Vorfälle unterhalb der Gewaltschwelle.

erhaft als gesellschaftliches Problem verhandelt wird, verstärkt dies bestehende rassistische Feindbilder und kann dazu beitragen, Gewalt gegen als migrantisch markierte Menschen zu rechtfertigen. Diese allgegenwärtige und oft willkürliche Verknüpfung von Migration mit anderen sozialen Problemen ist zudem das Ergebnis zielgerichteter, rechter Diskursverschiebung.



Rassistische Gewalttaten in Mecklenburg-Vorpommern
2020-2025, Monitoring der LOBBI.

Anfang Juni wird in Greifswald ein Student auf dem Fußgängerüberweg vor dem Bahnhof von einem Mann am Weitergehen gehindert. Der Angreifer schlägt ihm mit beiden Händen mit voller Wucht gegen die Brust, wodurch der Betroffene stürzt und sich an der Handinnenfläche verletzt. Anschließend beleidigt der Täter ihn rassistisch und verfolgt ihn weiter. Als der Mann erneut angreifen will, kommen zwei junge Passanten zur Hilfe, bis die Polizei eintrifft.

Akteur:innen der sogenannten gesellschaftlichen Mitte, die etwa die Verweigerung der Aufnahme von Schutzsuchenden oder eine Verschärfung des Asylrechts als Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen darstellen, tragen aktiv dazu bei, dass Argumentationsmuster der extremen Rechten aufgewertet werden. Dadurch werden nicht nur deren Positionen legitimiert, sondern auch potenzielle Täter:innen indirekt ermutigt oder bestärkt. Dafür spricht beispielsweise die Häufung von Androhungen durch Täter:innen, dass die Betroffenen »eh bald abgeschoben« würden und den Ankündigungen, sich „unser Land zurück“ zu holen. Rechte Vigilanten wollen mit ihren Taten die rassistischen Fantasien hinter dem Schlagwort »Remigration« oder Ankündigungen »im großen Stil ab[zu]schieben« in die Tat umsetzen.

Als im Juni zwei Kinder auf einem Spielplatz in Güstrow spielen, kommen zwei Männer auf sie zu und beleidigen sie rassistisch, sagten ihnen, sie sollen sich „verpissen“ und sie wären „Fremd im eigenen Land“. Ein Mann tritt einem Kind außerdem gegen das Schienbein.

In Rostock kommt es Mitte August zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen, wobei die eine im Nachgang rassistische Parolen, darunter „Deutschland den Deutschen“ ruft.

Ebenfalls im August wird in Schwerin ein junger Mann von mehreren Personen rassistisch beleidigt. Als er auf diese Beleidigungen reagiert und außerdem die Polizei verständigen will, wird er angegriffen. Eine Person aus der Gruppe schlägt ihm ins Gesicht, schubst ihn

und zerschlägt eine Glasflasche auf seinem Kopf.

Migrationsfeindliche Narrative haben sich – wenngleich in unterschiedlichen Ausprägungen – in großen Teilen auch des demokratischen politischen Spektrums festgesetzt und prägen zunehmend öffentliche Diskussionen. Rassistische Gewalt trifft Betroffene somit nicht allein durch den physischen Angriff, sondern ebenso durch das Ausbleiben öffentlicher Solidarität. Die Relativierung oder das Nicht-Thematisieren solcher Angriffe trägt zusätzlich dazu bei, Täter:innen weiter zu ermutigen und die Verletzlichkeit der Betroffenen zu verstärken.

Dies zeigt sich exemplarisch auch in lokalen Kontexten wie im vorpommerschen Loitz, wo es im Zusammenhang mit der Unterbringung Geflüchteter auch im Jahr 2025 zu Brandanschlägen kam. Zuvor wurden Fenster der Wohnung einer ukrainischen Familie eingeworfen und Unbekannte sprühten ein Hakenkreuz und SS-Runen an das Wohnhaus.

Bereits in den Monaten zuvor hatte die lokale Presse wiederholt eine problematisierende und zugespitzte Darstellung der Situation aufgegriffen, indem sie »Debatten« über angebliche Ruhestörungen, Sachbeschädigungen und Vermüllung inszenierte und damit entsprechende Narrative verstärkte. Im Nachgang wurden die Geschehnisse teilweise verharmlosend als anhaltender »Zoff um Flüchtlinge« eingeordnet, oder zitiert, man habe »überhaupt kein Problem in Loitz«. Während gleichzeitig politische Verantwortungsträger:innen mit Formulierungen auffielen, die suggerierten, man hätte leider keinen Einfluss darauf, in welche Wohnungen Einwohner:innen ohne deutschen Pass ziehen, verbunden mit einer Darstellung, die den Eindruck erweckt, »die Falschen« kämen in die Kommune und man stehe »mit dem Rücken zur Wand«.

Auch kam es in verschiedenen Darstellungen der Situation wiederholt zur Reproduktion antiziganistischer Ressentiments. In sozialen Medien und auf Demonstrationen wurden entsprechende Narrative durch Akteur:innen der extremen Rechten, darunter auch Vertreter der AfD, weitergetragen und zugespitzt, etwa durch antiziganistische Hetze in Online-Videos oder bei öffentlichen Auftritten.

Die rassistischen Taten selbst sind in ihrer Brutalität herauszustellen. 60 der 77 Angriffe waren Körperverletzungen, 16 davon gefährliche. Für die Betroffenen stellen diese Angriffe jedoch häufig nur die Spitze eines weit umfassenderen Problems dar, da sie zusätzlich in besonderem Maße von gesellschaftlicher Marginalisierung betroffen sind. Insbesondere Migrant:innen sind häufig mit unsicherem Aufenthaltsstatus, geringem Einkommen und eingeschränkter Wahlfreiheit beim Wohnort konfrontiert, was Angriffe im direkten Wohnumfeld häufig mit extremer Isolation und Hilflosigkeit einhergehen lässt. Hinzu kommt, dass vielfach keine ausreichende Anbindung an Unterstützungsnetzwerke besteht – sofern diese überhaupt existieren. Auch im Bereich der medizinischen Versorgung, insbesondere in der Nachsorge körperlicher Verletzungen sowie im Bereich psychotherapeutischer Hilfe, sind Geflüchtete weiterhin deutlich benachteiligt beziehungsweise besonders von sekundärer Viktimisierung betroffen.

Eine kritische mediale Aufmerksamkeit zur prekären Lebenssituation Geflüchteter ist in vielen Teilen des Landes zurückgegangen. Berichterstattung erfolgt in überwiegendem Maße über die Betroffenen hinweg, mitunter gekoppelt mit einer Verbreitung asylfeindlicher Ansichten.

Die Normalisierung rassistischer Argumentationen und rassistischer Gewalt darf nicht widerspruchslos hingenommen werden. Jede Einschränkung – ob durch physische Gewalt auf der Straße oder durch gesetzliche Verschärfungen – trägt die gleiche Botschaft in sich: Ihr seid hier nicht erwünscht. Jede Duldung solcher Entwicklungen ist ein weiterer Schritt in Richtung einer Gesellschaft, in der Menschen aus Angst vor Anfeindungen verstummen oder sich zurückziehen. Es darf keine Gewöhnung daran geben, dass von Rassismus betroffene Personen

als einzige Möglichkeit für persönlichen Schutz und den ihrer Kinder einen Wegzug aus Mecklenburg-Vorpommern sehen.

Denn diese Botschaft der Vertreibung wirkt. Migrantische Communities und deutsche People of Colour berichten von wachsender Unsicherheit und zunehmender gesellschaftlicher Ausgrenzung. Rassistischen Gewalttaten geht eine Vielzahl alltäglicher Anfeindungen voraus: Beleidigungen, subtile Diskriminierungen und strukturelle Ausschlüsse prägen das Leben vieler nicht-weißer Menschen auch in Mecklenburg-Vorpommern. Der jährliche, deutschlandweise [NaDiRa-Monitoringbericht](#) macht zum wiederholten Male deutlich, dass sich Betroffene zusehend allein gelassen fühlen: »Rassismus ist kein Randthema. Er prägt den Alltag vieler Menschen, belastet das gesellschaftliche Klima und berührt die demokratische Substanz, wenn Vertrauen in staatliche Institutionen verloren geht.«

Politische Gegner:innen und jugendliche Täter:innen

Mehr als jeder vierte rechte Angriff richtete sich gegen (vermeintliche) politische Gegner:innen der rechten Szene. Diese Kategorie umfasst neben Angriffen auf politisch aktive Personen, NGOs oder Verantwortungsträger:innen auch Attacken auf Journalist:innen sowie auf Menschen, die aufgrund ihres alternativen Erscheinungsbildes als politische Gegner:innen wahrgenommen werden. Insgesamt dokumentierte die LOBBI im Jahr 2025 41 entsprechende Angriffe. Bereits im Vorjahr war ein drastischer Anstieg zu verzeichnen, von 20 Angriffen im Jahr 2023 auf 40 im Jahr 2024.

Wahlkämpfe oder Wahlerfolge rechter Parteien bilden in diesem Zusammenhang zwar häufig einen wichtigen Kontext, erklären das Angriffsgeschehen jedoch nur teilweise.

Während die Kommunalwahlen im Jahr 2024 noch als Erklärung für ein Gewalt begünstigendes Stimmungsbild herangezogen wurden, zeigte sich 2025 kein nennenswerter Rückgang der Gewalt nach den Bundestagswahlen, die bereits im Februar des Jahres stattfanden. Dies deutet auf eine breitere gesellschaftliche Radikalisierung hin, die sich in einer zunehmenden Gewaltbereitschaft gegenüber politischen Gegner:innen äußert. Es lässt sich ein zunehmend wahrnehmbares menschenverachtendes und demokratiefeindliches »Grundrauschen« beobachten, das in den vergangenen zehn Jahren immer lauter zu vernehmen ist. Es ist geprägt von einem starken Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen sowie einer zunehmenden Umdeutung dessen, was Demokratie bedeutet.

So kam es nicht nur zu Angriffen auf Wahlkämpfende, wie im Januar in Greifswald und Neubrandenburg.

In der Hansestadt gab sich eine Gruppe aus Kindern, Jugendlichen sowie einem 18-jährigen Mann zunächst interessiert einem SPD-Wahlstand. Kurz darauf beginnen mehrere Personen aus der Gruppe, den Stand mit etwa sechs bis zehn rohen Eiern zu bewerfen. Zwei Männer, darunter ein Besucher des Wahlstandes, werden von den Eiern getroffen. Der 18-jährige Angreifer zeigt zudem den Hitlergruß und äußert sich NS-verherrlichend.

In Neubrandenburg wird eine Person beim Aufhängen von Wahlplakaten von drei 12 bis 14-jährigen Mädchen beleidigt und bedroht. Die Mädchen zerstören einige Wahlplakate, gehen auf Person los und verletzen sie mit einer Glasflasche.

Doch nach den Bundestagsahlen endeten die Attacken nicht.

Am Rande eines Infostands der Partei »Die Linke« wird im Juli ein Landtagsabgeordneter von einem Mann beleidigt und geschlagen. Außerdem zeigt der Angreifer den sogenann-

ten »Hitlergruß«.

Im Mai wirft ein Unbekannter einen Feuerwerkskörper in Richtung eines SPD-Infostands auf dem Pasewalker Marktplatz anlässlich der bevorstehenden Landratswahlen. Dieser detoniert nur wenige Meter von den anwesenden Personen entfernt.

Teilnehmer:innen einer Protestveranstaltung gegen einen Infostand der AfD im November in Schwerin werden von einem Mann beschimpft, der zusammen mit zwei anderen aus Richtung des Infostandes kommt. Als eine Frau ihn auffordert, dies zu unterlassen und weiter zu gehen, versucht er in Richtung der Musikanlage zu rennen. Als sich die Frau ihm in den Weg stellt, schubst er sie zunächst. Dann schlägt er ihr ins Gesicht. Anwesende Polizeibeamte reagieren schnell und verhindern so möglicherweise Schlimmeres.

Ein weiteres, wiederkehrendes Muster sind Angriffe auf Personen, die aufgrund ihrer Kleidung, politischer Botschaften oder Symbole auf Kleidung oder Accessoires als »links« oder »antifaschistisch« markiert und deshalb angegriffen werden.

Im März wird eine junge Frau in Greifswald auf dem Parkplatz eines Supermarktes von drei männlichen rechten Jugendlichen als politische Gegnerin massiv beleidigt und bedrängt. Die Frau wehrt sich gegen die Angreifer und kann anschließend in das Geschäft flüchten.

In Neubrandenburg werden Ende Mai junge alternative Männer nachts nach dem Besuch einer Kneipe von mehreren rechten Jugendlichen verfolgt und angegriffen. Zuvor hatten sie bereits eine verbale Auseinandersetzung mit Teilen der Gruppe. Die beiden Betroffenen können sich zur Wehr setzen.

Wie die Beispiele zeigen, spielten auch 2025 extrem rechte Jugendgruppen in unterschiedlichem Organisationsgrad hierbei eine große Rolle.

Als Anfang März zwei Frauen in Anklam im Auftrag der Linkspartei Frauentagskarten in Briefkästen verteilen, werden sie kurz darauf von einer Gruppe 10- bis 14-Jährigen verfolgt. Einige der Jugendlichen schießen mit Bällen auf die inzwischen auf einer Bank sitzenden Frauen. Dabei beleidigen, beschimpfen und bedrohen sie sie massiv und skandieren nationalsozialistische Parolen. Anschließend entfernen die Kinder und Jugendlichen die Frauentagskarten aus den Briefkästen.

Eine 15-jährige Schülerin berichtet Anfang April, dass sie auf dem Weg zur Schule in Anklam sowie an der Bushaltestelle regelmäßig von einer Gruppe junger rechter Männer verbal belästigt und bedroht wird. Auch ihre Familie wird bei anderen Gelegenheiten aufgrund ihres politischen Engagements von rechten Jugendlichen angefeindet.

Derartige Vorfälle erfordern schnelles Handeln von Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, die zumindest bei strafmündigen Jugendlichen mit zügigen und konsequenten Verfahren reagieren müssen, um dem Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts zumindest im Ansatz gerecht zu werden und um darüber hinaus Wirkung im Umfeld der Täter:innen zu erzielen.

Einige der sichtbarsten Akteur:innen in Mecklenburg-Vorpommern standen 2025 tatsächlich verstärkt im Fokus von Ermittlungsbehörden, teils gegen Einzelpersonen und wegen individueller Straftaten. Besonders hervorzuheben ist jedoch das Verfahren gegen die sogenannte *Letzte Verteidigungswelle*, das erheblich Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt hat. Aufgedeckt wurden die Anschlagpläne der Gruppe allerdings maßgeblich durch journalistische Recherchen. Gegen mindestens zwei Angehörige der Gruppierung aus Mecklenburg-Vorpommern läuft derzeit ein Strafprozess.

Mit großer Sorge ist im Zusammenhang mit dem bereits im vergangenen Jahr konstatierten Radikalisierungspotenzial von Jugendlichen auch die Expansion der Partei *Der III. Weg* zu betrachten. Die Splitterpartei, deren Führungspersonal in Mecklenburg-Vorpommern zu großen Teilen aus Personen der 2021 verbotenen Neonazikameradschaft »*Nationale Sozialisten Rostock* sowie Mitgliedern der *Kameradschaft Borken* besteht, versucht seit mehreren Jahren aktiv, bislang eher lose organisierte und ideologisch wenig gefestigte Jugendliche vor Ort anzusprechen.

Die Angebote reichen von Kampfsport bis hin zu Formaten, die an klassische Kaderschulungen der Kameradschaftsszene der 1990er- und 2000er-Jahre erinnern. Dabei geht es weniger um rechte Gewalt als spontane Mut- oder Bewährungsprobe – wie sie bei neueren Gruppierungen wie *Deutsche Jugend Voran* oder der *Letzten Verteidigungswelle* zu beobachten ist – sondern vielmehr um niedrigschwellige Einstiegsangebote, die Jugendliche schrittweise an völkisch-nationalsozialistische und gewaltförmige Strukturen binden und gezielt auf körperliche Auseinandersetzungen vorbereiten. Bisher bekannt gewordene Schwerpunkte der Aktivitäten sind der Landkreis Rostock – dort insbesondere Güstrow – der Raum Pasewalk, sowie Grimmen.

Noch problematischer wird die Situation, wenn Präventionsstrukturen überfordert sind oder aufgrund unklarer Förderbedingungen erodieren. Neben Schulen sind es vor allem Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, die sich zunehmend mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen müssen. Gerade im ländlichen Raum führt dies schnell zu inhaltlicher wie personeller Überforderung, insbesondere dort, wo strukturelle Ressourcen ohnehin fehlen. Das Ende von Projekten wie dem Demokratiebahnhof Anklam ist in diesem Zusammenhang besonders aufschlussreich. Nach mehreren Jahren intensiver Jugendarbeit – begleitet von wiederholten Angriffen, Sachbeschädigungen und einem Brandanschlag – berichteten die Betreiber:innen von fehlender politischer und institutioneller Rückendeckung durch Stadtverwaltung und Kommunalpolitik. Der Bahnhof war ursprünglich selbst als Reaktion auf massive Angriffe der Neonaziszene auf Angehörige der lokalen Punkszene im Jahr 2012 entstanden.

Die zunehmende Gewalt gegen politische Gegner:innen der Rechten zeigt gemeinsam mit den strukturellen Hindernissen und ideologischen Angriffen bereits massiv Wirkung und sorgt dafür, dass Menschen ihr Engagement einstellen oder sich zurückziehen.

Auch [aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen diesen Befund](#). Eine Studie der Hochschule Neubrandenburg zeigt ganz aktuell, dass beispielsweise Fachkräfte der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern zunehmend unter Druck durch extrem rechte Akteur:innen geraten. Berichtet wird unter anderem von Einschüchterungsversuchen, gezielten Störungen von Projekten sowie von einem Klima der Verunsicherung, das sowohl die Arbeit mit Jugendlichen als auch die Positionierung von Einrichtungen erschwert. Gleichzeitig sähen sich viele Träger mit unsicheren Förderbedingungen und politischen Infragestellungen konfrontiert, was bestehende Strukturen zusätzlich schwächt.

Einen nicht zu unterschätzenden Einschnitt stellte diesbezüglich auch eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag dar, die im Februar 2025, nur wenige Tage vor der Bundestagswahl, mit die 551 Fragen unter dem Titel »Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen« ebenjene in Frage stellte. Fast ausschließlich wurden darin Institutionen oder Projekte abgefragt, die sich für Umweltschutz und Freiheitsrechte einsetzen oder über die extreme Rechte aufklären.

Die Anfrage wurde von vielen Engagierten zu Recht als Einschüchterungsversuch und Vertrauensentzug verstanden und hatte außerdem zur Folge, dass das Narrativ eines angeblichen »Filzes« vermeintlich linker NGOs weit über das Rechtsaußen-Ökosystem hinaus Verbreitung

fand. In Mecklenburg-Vorpommern bespielte die AfD-Fraktion im Landtag mit einer inhaltlich ähnlich gelagerten Anfrage, samt einer wild zusammen kopierten Liste von Projekten und Maßnahmen aus der Demokratieförderung und zivilgesellschaftlichen Bündnissen, ebenfalls dieses Thema.

Feindbild LGBTQIA+

Nachdem bereits im Vorjahr darauf hingewiesen werden musste, dass Anfeindungen gegen die queere Community sowie alle nicht heteronormativ lebenden Menschen massiv zugenommen haben, setzte sich diese Entwicklung im Jahr 2025 weiter fort. Queerfeindlichkeit hat sich dabei als stabiles Feindbild innerhalb rechter Ideologien etabliert und wirkt zunehmend über klar abgrenzbare Szenen hinaus.

Unter den 15 registrierten Angriffen im Jahr 2025 (2024: 10) finden sich acht Körperverletzungen. Darüber hinaus registrierte die LOBBI fünf Bedrohungen sowie eine Sachbeschädigung. Die Angriffe richteten sich sowohl gegen queere Menschen selbst als auch gegen Unterstützer:innen der Community sowie gegen Treffpunkte und Veranstaltungen.

Zu den dokumentierten Fällen gehören unter anderem

Ein Vorfall im Juni: Während einer Zugfahrt von Schwerin nach Ludwigslust wird eine Person wegen ihres Regenbogenshirts beleidigt und bedroht.

Vor einem queeren Szenelokal in Rostock werden im März zwei Männer zunächst angesprochen und im weiteren Verlauf erst beleidigt und dann unvermittelt geschlagen und getreten. Bei ihrer Flucht grölen die Täter nationalsozialistische Parolen.

Besonders drastisch waren Bedrohungen gegen die Organisator:innen des CSD in Grevesmühlen, der im September stattfand. Nachdem Neonazis gegen die Veranstaltung mobilisieren, spitzt sich die Situation im August so weit zu, dass eine Organisatorin so konkret mit dem Tode bedroht, dass sie unter Schutz gestellt werden muss. Der Vorfall fand als Freiheitsberaubung Eingang in die Statistik.

Ein zentraler Austragungsort der bekannt gewordenen queerfeindlichen Attacken bleibt der öffentliche Raum. Pride-Veranstaltungen und CSD-Paraden sahen sich 2025 neben Bedrohungen erneut mit Gegenmobilisierungen aus der rechten Szene ausgesetzt. Während im Vorjahr insbesondere die Mobilisierung gegen den CSD in Wismar überregionale Aufmerksamkeit erzeugte, erreichte die Dynamik 2025 eine neue Qualität, ohne die gleiche Empörung zu erzeugen: In Grevesmühlen mobilisierte die organisierte Neonaziszene rund 350 Personen gegen den dortigen CSD-Umzug – der größte Neonaziaufmarsch im Land im vergangenen Jahr. Gleichzeitig nahmen über 1000 Menschen an einem friedlichen und sichtbaren CSD teil, unterstützt auch durch öffentliche Positionierungen, etwa durch den Bürgermeister der Stadt. Zudem konnten die Organisator:innen von in den Vorjahren gemachten Erfahrungen profitieren und Maßnahmen zur Absicherung der Veranstaltung und breiteren Mobilisierung besser umsetzen.

Insbesondere für Veranstalter:innen in kleineren Orten ist die Durchführung entsprechender Veranstaltungen und der Umfang notwendiger Sicherheitsabwägungen jedoch ein erheblicher Aufwand. Sie sind in hohem Maße auf eine verlässliche und sensible Polizeiarbeit angewiesen. Risiken bestehen nicht nur während der Veranstaltungen selbst, sondern auch bei der An- und Abreise von Teilnehmenden oder bei Programmpunkten in den Abendstunden.

In Neubrandenburg kommt es im August sowohl zu einem Angriff auf eine Person während ihrer Teilnahme an der Christopher-Street-Day-Demonstration, als auch zu Beleidigungen und Bedrohungen anderer Teilnehmer:innen bei der Abreise am Bahnhof durch eine Gruppe Rechter.

Doch auch abseits solcher Großereignisse sehen sich die Betroffenen im Alltag Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt. Diese Gewalt basiert auf der zunehmenden Verbreitung antifeministischer sowie trans- und queerfeindlicher Diskurse, die längst nicht mehr auf die extreme Rechte beschränkt sind. Schlagworte wie »Gender-Ideologie« und die damit verbundene Ablehnung vielfältiger Geschlechtsidentitäten bei gleichzeitiger Betonung vermeintlich »natürlicher« Ordnungen fungieren als zentrale ideologische Bezugspunkte. Diese Narrative tragen dazu bei, queere Menschen gezielt abzuwerten und ihre Sichtbarkeit als Provokation umzudeuten.

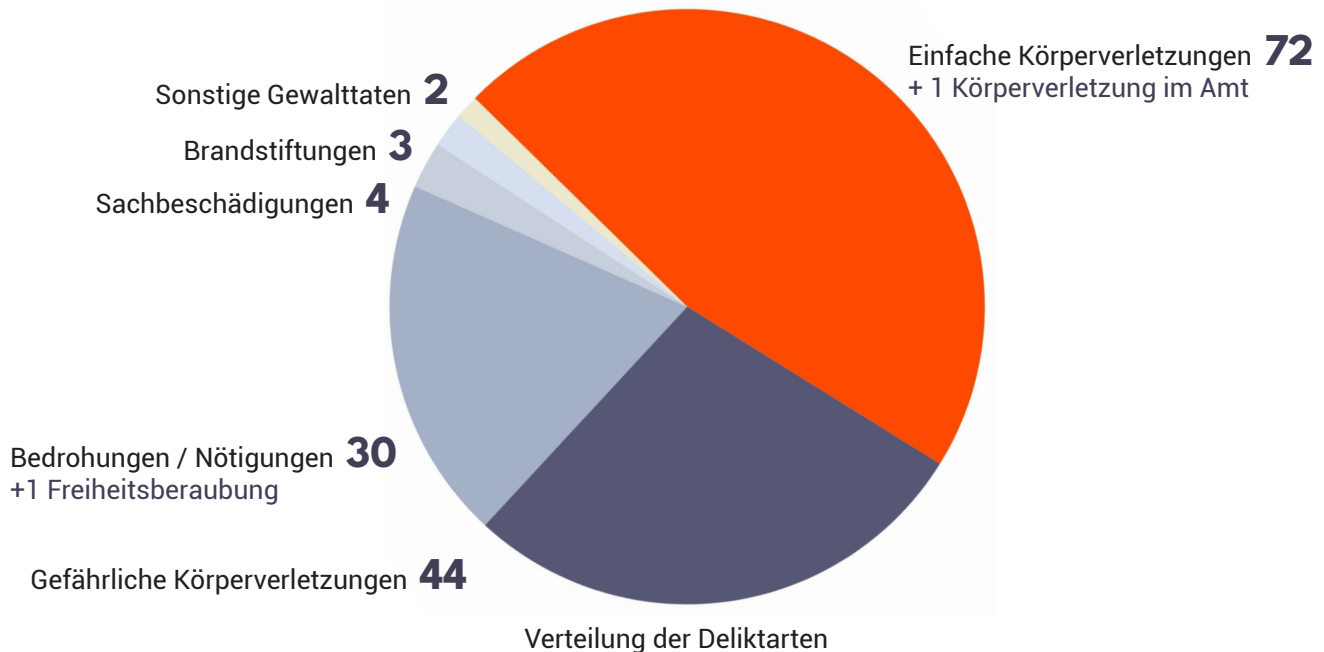
Dabei werden sie häufig gerade aufgrund ihrer Sichtbarkeit zum Ziel von Angriffen. Offen gelebte Identität, Engagement oder Zugehörigkeit zu entsprechenden Szenen machen sie in besonderer Weise angreifbar. Denn sie werden so zu Projektionsflächen eines Feindbildes, das weit über individuelle Vorurteile hinaus gesellschaftlich aufgeladen ist.

In der Folge zeigt sich innerhalb der Community eine zunehmende Verschiebung der eigenen Handlungsbedingungen. Während es in den vergangenen Jahren vielerorts vor allem um Sichtbarkeit und gesellschaftliche Teilhabe ging, rücken inzwischen Fragen von Sicherheit, Resilienz und gegenseitiger Unterstützung stärker in den Vordergrund. Engagement bewegt sich dabei in einem Spannungsfeld zwischen dem Anspruch, öffentliche Präsenz zu zeigen, und der Notwendigkeit, sich vor Angriffen zu schützen.

Diese Entwicklung verweist darauf, dass queerfeindliche Gewalt nicht nur einzelne Betroffene trifft, sondern Auswirkungen auf das gesamte soziale Umfeld hat. Sie beeinflusst, wer sich öffentlich zeigt, wer sich engagiert – und unter welchen Bedingungen dies überhaupt noch möglich ist.

Delikte

Die meisten registrierten Angriffe waren auch im Jahr 2025 Körperverletzungen. Insgesamt wurden 72 Fälle dokumentiert. Hinzu kommen 44 Fälle gefährlicher Körperverletzung – Angriffe an denen mehrere Täter:innen beteiligt waren oder bei denen gefährliche Gegenstände eingesetzt wurden – sowie eine Körperverletzung im Amt.



Neben körperlichen Angriffen können auch Bedrohungen und Nötigungen schwerwiegende Folgen für die Betroffenen haben. Die LOBBI erfasst deshalb auch Vorfälle, die den Tatbeständen der §§ 240 oder 241 StGB entsprechen oder von Betroffenen als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen werden und für sie erhebliche Auswirkungen haben. Auf dieser Grundlage registrierte die LOBBI 30 entsprechende Vorfälle.

Am Bahnhof Bützow warten im Juli drei Personen auf ihren Zug, als sie von einem Mann mehrfach rassistisch beleidigt und mit einem Messer bedroht werden.

In Ludwigslust bedroht im November ein alkoholisierte Mann mehrere Personen mit einer Axt und beleidigt mindestens eine von ihnen rassistisch. Die Polizei kann ihn schließlich überwältigen und festnehmen.

Im Jahr 2025 wurden zudem vier zielgerichtete Sachbeschädigungen registriert. Diese werden in die Statistik aufgenommen, wenn der entstandene Schaden zu einer erheblichen Beeinträchtigung oder Zerstörung von Eigentum führt oder wenn sich wiederholte Sachbeschädigungen gegen dieselbe Person oder Einrichtung richten und dadurch relevante finanzielle oder andere Folgen entstehen.

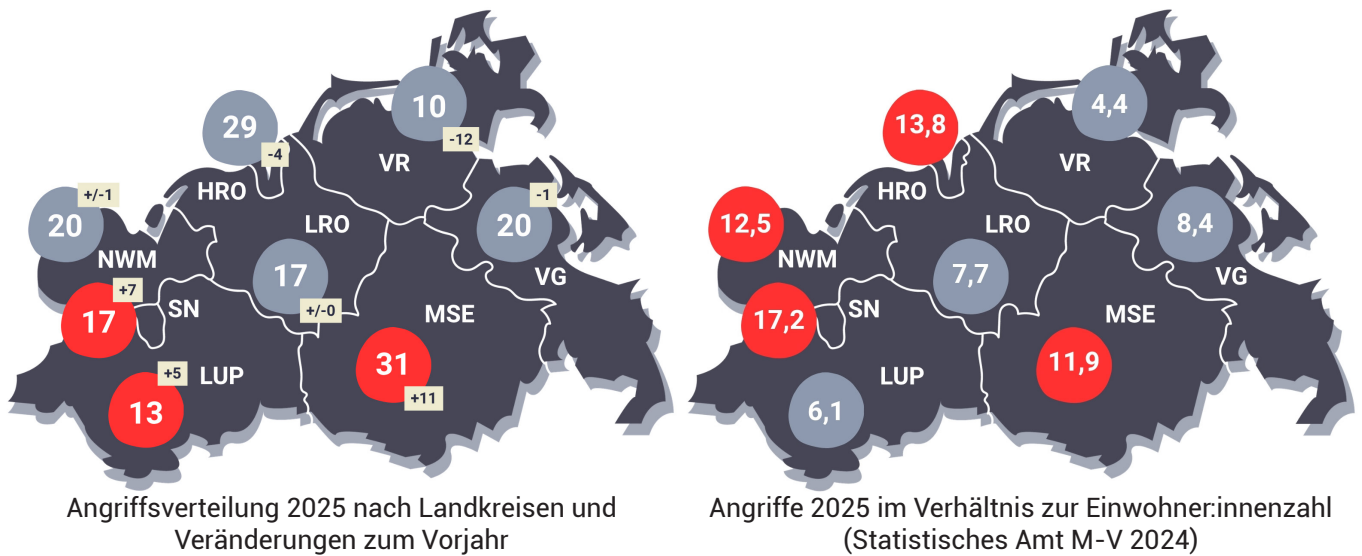
Zudem wurden drei Brandstiftungen registriert, darunter der *Angriff auf das alternativen Haus- und Veranstaltungsprojekt »Bagehl« in Rostock. Davor legten in der Nacht des 15. Februars 2025 Unbekannte ein Feuer, das schnell auf den Keller des Gebäudes übergriff. Nur durch das umsichtige Handeln der Bewohner:innen konnten alle rechtzeitig das Haus verlassen und niemand kam zu Schaden. Die von den Flammen betroffenen Räumlichkeiten wurden jedoch schwer beschädigt.*

Unter der Kategorie »Sonstige Gewalttaten« erfasste die LOBBI einen *gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr in Rostock, bei dem eine Frau einen Taxifahrer zunächst rassistisch beleidigte und ihm anschließend ins Lenkrad griff*. Des Weiteren gab es in Kühlungsborn einen *Angriff, bei dem eine Frau aus einer Gruppe junger Rechter als »Zecke« beleidigt und anschließend attackiert wurde*. Da die Täter dabei ihr Tablet entwendeten, stellt der Angriff juristisch einen Raub dar und wurde als solcher erfasst.

Auffällig ist, dass direkte körperliche Gewalt somit im Verhältnis zu anderen Deliktformen stärker in den Vordergrund tritt als in den Vorjahren (2025: 117 Körperverletzungen, 2024: 96). Der geringere Anteil von Sachbeschädigungen oder Bedrohungen bedeutet dabei nicht zwangsläufig, dass derlei Vorfälle seltener stattfinden. Vielmehr deutet vieles darauf hin, dass körperliche Angriffe zunehmend den Charakter des Angriffsgeschehens prägen und vermeintlich milder schwere Attacken weniger oft öffentlich werden. Das anzunehmende Dunkelfeld wächst.

Viele Betroffene erleben zudem Beleidigungen, Einschüchterungen aber auch Bedrohungen und Sachbeschädigungen als wiederkehrenden Bestandteil ihres Alltags und nehmen diese bis zu einer bestimmten Schwelle nicht mehr als meldewürdig wahr. Hinzu kommt die Sorge, mit eigenen Erfahrungen nicht ernst genommen zu werden oder dass Vorfälle bagatellisiert werden könnten. Auch dies kann dazu führen, dass Angriffe nicht angezeigt oder Beratungsstellen nicht informiert werden.

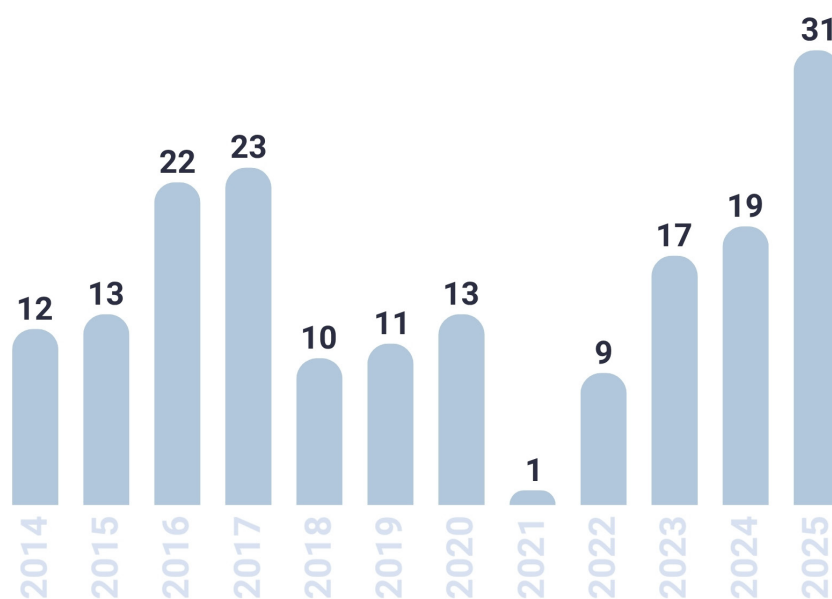
Regionale Verteilung



Bezogen auf das gesamte Bundesland registrierte die LOBBI 2025 9,6 Gewalttaten pro 100 000 Einwohner:innen.

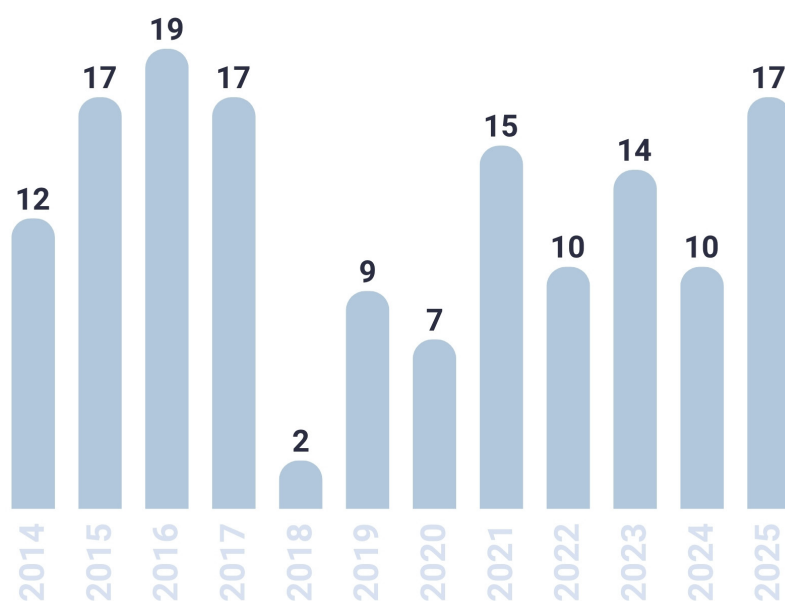
Mit Blick auf die regionale Verteilung ist vor allem eine starke Zunahme von registrierten Angriffen in der Mecklenburgischen Seenplatte zu verzeichnen. Hier stieg die Zahl von 20 Attacken in 2024 auf 31 im vergangenen Jahr an. Auch wenn die LOBBI keine statistischen Daten zu den Täter:innen erfasst, so fällt besonders für die Städte Neubrandenburg und Demmin eine Häufung von jugendlichen Täter:innen auf, die sich mit den zu beobachtenden Aktivitäten rechter Jugendgruppen in der Region – teilweise vernetzt – in Zusammenhang bringen lässt (s. auch Fallbeispiel Antisemitismus, FC Hansa nächste Seite und jugendliche Täter:innen allg.).

In Demmin wird an einem Abend Ende Februar eine Frau von drei Jugendlichen angesprochen. Als sie deutlich macht, dass sie kein Deutsch versteht, hält ihr einer der Jugendlichen ein Messer an den Hals und verletzt sie.



Rechte Angriffe in der Mecklenburgischen Seenplatte 2014-2025. Monitoring der LOBBI

Eine weitere regionale Zunahme rechter Angriffe musste mit insgesamt 17 Attacken in Schwerin registriert werden. Das Angriffsniveau erreichte hier die in etwa die Höhe der Jahre 2015 bis 2017, die bis zum vergangenen Jahr die Maximalwerte rechter Gewalt bildete. Bezogen auf die Einwohner:innenzahl ist die Landeshauptstadt mit weitem Abstand ein Hotspot rechter Angriffe. Die Inzidenz betrug hier über 17 und liegt somit deutlich über dem Landesdurchschnitt.



Rechte Angriffe in Schwerin 2014-2025.
Monitoring der LOBBI

In den übrigen Regionen verharren die Angriffszahlen in weiten Teilen etwas über dem ohnehin hohen Niveau des Vorjahres.

Nur in Vorpommern-Rügen war für den Berichtszeitraum ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Im Zusammenhang mit den schwankenden Angriffszahlen in den vorangegangenen Jahren könnte dies ein Hinweis auf instabile Netzwerkkontakte und somit brüchige Meldekette sein.

Eine wichtige Erkenntnis aus der kontinuierlichen Arbeit der LOBBI ist, dass sich bestehende lokale Arbeitsschwerpunkte häufig auch in einem höheren dokumentierten Fallaufkommen widerspiegeln. In ländlicheren Räumen sind Angriffszahlen zudem teilweise niedriger, weil einerseits Orte der Begegnung fehlen, an denen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen selbstverständlich aufeinandertreffen. Gleichzeitig sind gerade diese Regionen nicht selten rechte Dominanzräume, die von potenziell Betroffenen nach Möglichkeit gemieden werden.

Daraus resultiert, dass rechte Dominanzansprüche und Drohkulissen deutlich seltener infrage gestellt werden als in Regionen mit einer aktiven und gut vernetzten Zivilgesellschaft. Wo Engagement gegen Diskriminierung oder für Vielfalt schwächer ausgeprägt ist, sehen Akteur:innen der rechten Szene und ihr Umfeld häufig auch seltener einen unmittelbaren Anlass für offene gewalttätige Auseinandersetzungen.

Angriffe aus der Anhänger:innenschaft des *FC Hansa Rostock* und im Zusammenhang mit Spieltagen des Vereins, sind dagegen ein landesweites Problem. Territoriales Dominanzverhalten von Teilen der Fanszene korrespondiert hier mit den Raumnahmeversuchen von Neonazis. In manchen Regionen des Bundeslandes gibt es weitreichende subkulturelle Überschneidungen, was sich dann auch in Angriffskonstellationen zeigt:

In Neubrandenburg wird im November vor einem Supermarkt von drei Männern mit homofeindlichen Bemerkungen beleidigt und belästigt. Einige aus der Gruppe haben ihn erkannt, weil er häufiger Sticker der Fanszene des FC Hansa Rostock, die rechte Inhalte haben, entfernt. Als er die Männer mit seinem Handy fotografiert, verfolgen, nötigen und bedrohen sie ihn. Einer der Täter schlägt ihm gegen den Kopf.

Schon im September wird ebenfalls in Neubrandenburg ein junger Mann von einem Autofahrer bedroht und als „Zecke“ beschimpft, weil er Sticker mit rechten und sexistischen Motiven und Bezug zum FC Hansa Rostock von Laternenmasten entfernt. Kurz darauf wird er in einer dunklen Straße von zunächst drei verummten männlichen Personen überfallen, niedergeschlagen und am Boden getreten. Die Täter rauben ihm sein Handy und seinen Rucksack. Als der Betroffene die Angreifer verfolgt, wird er zusätzlich von einer weiblichen Person attackiert. Die Täter:innen fliehen, nachdem Anwohner:innen von ihren Balkonen aus intervenieren. Der Betroffene erleidet Verletzungen an Kopf und Körper.

Im Januar befinden sich im Zug von Stralsund nach Greifswald unter anderem etwa 100 Fußballfans des FC Hansa Rostock. Aus dieser Gruppe heraus werden zwei 19-jährige afghanische Männer zunächst verbal attackiert.

Im weiteren Verlauf kommt es zum Angriff von mindestens einem Hansa-Fan auf die beiden 19-Jährigen. Die alarmierte Polizei verlegt daraufhin 27 Funkstreifenwagen zum Hauptbahnhof Greifswald und hält den Regionalexpress vorübergehend am Gleis fest. Während der polizeilichen Maßnahmen singen Hansa-Fans am Bahnsteig ein in rechten Kreisen verbreitetes rassistisches Lied.

Betroffene

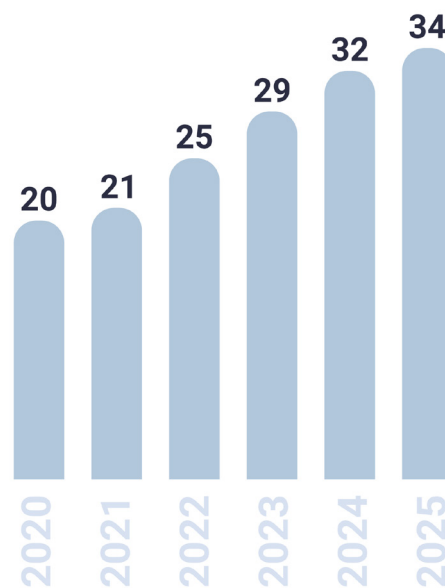
Insgesamt waren 240 Menschen von den Angriffen betroffen, 210 davon direkt als unmittelbar Angegriffene. Die übrigen 30 Personen gehörten zur Gruppe oder Familie der attackierten Personen und waren Zeug:innen der Angriffe, in einigen der Fälle betrifft dies auch Kinder.

Kurz vor dem Jahresende in Demmin packt eine unbekannte Frau auf einem Spielplatz den Vater von vier spielenden Kindern am Hals und würgt ihn. Dabei beleidigt sie ihn und die Kinder rassistisch.

Am selben Tag wird eines der vier Kinder auf demselben Spielplatz von einem unbekanntem Mann angegriffen. Der Mann zieht das Kind vom Klettergerüst, schlägt es ins Gesicht und beleidigt es rassistisch. Er soll ein Verwandter der Frau sein.

Im September wird in Neubrandenburg ein 14-jähriges Mädchen beim Einkauf in einem Supermarkt vor der Schule zunächst von einer Frau rassistisch beleidigt und beschimpft. Beim Verlassen des Supermarkts wird sie von dem 15-jährigen Sohn der Frau gewürgt, zu Boden geschlagen und mit Fußtritten traktiert.

Kinder und Jugendliche waren in 2025 insgesamt so häufig von rechter Gewalt betroffen wie noch nie seit Beginn der systematischen Erfassung rechter Gewalt durch die LOBBI. Ein Drittel der Betroffenen war zum Zeitpunkt des Angriffs minderjährig, 43 von ihnen sogar unter 14 Jahren alt. Bei 38 betroffenen Personen handelte es sich um Jugendliche. Das ist eine alarmierende Zunahme.



Kinder und Jugendliche als Betroffene
rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern
2020-2025. Angaben in Prozent.

August in Neubrandenburg: Auf einem Spielplatz geht ein Mann mit einem Hakenkreuz-tattoo am Bein auf spielende Kinder zu, beleidigt sie rassistisch und fordert sie auf, ruhig zu sein. Anschließend kehrt er zu seiner Familie zurück. Die Kinder lachen, woraufhin der Täter erneut auf sie zustürmt und sie anschreit. Danach tritt er sehr nah an eine anwesende Frau heran, schreit sie an und zeigt ihr den Mittelfinger, als sie ankündigt, ihn anzuzeigen. Dabei droht er: „Mir egal, ich habe ein Messer.“

139 der Angegriffenen waren männlich. 70 Frauen waren von Angriffen betroffen und 12 Personen waren trans*, non-binary oder ohne Definition. 36 Frauen waren von Rassismus betroffen und 20 Frauen wurden als vermeintliche politische Gegner:innen attackiert. Häufig kommt es hier zu multidimensionalen Tatmotivationen. Das bedeutet, dass nicht nur ein einzelnes, klar abgrenzbares Motiv dem Angriff zu Grunde lag, wie auch einige der bisher vorgestellten Beispiele deutlich machen. So wirken bei rassistischen oder queerfeindlichen Angriffen oder Attacken gegen politische Gegner:innen besonders misogynen oder explizit antifeministische Einstellungsmuster tatverstärkend.

Im November sitzt eine Frau am Schweriner Bahnhof als sie von vier Rechten rassistisch beleidigt wird. Die Betroffene versucht wegzugehen, wird aber daran gehindert. Die Angreifer ziehen sie an den Haaren und schlagen ihr in den Rücken.

Queerfeindlichkeit beziehungsweise Antifeminismus müssen aktuell neben Rassismus als die zentralen ideologischen Säulen und Mobilisierungsfaktoren der rechten Szene gelten. In diesem Themenfeld ist dringend Expertise gefragt, um entsprechende Dynamiken einordnen und sichtbar machen zu können.

Beratung

Die Unterstützung von Menschen, die von rechter, rassistischer, antisemitischer oder queerfeindlicher Gewalt betroffen sind, steht im Zentrum der Arbeit der Beratungsstelle LOBBI. Die drei Regionalteams mit Büros in Rostock und Neubrandenburg sind landesweit tätig und begleiten Betroffene nach Angriffen sowie in Fällen von Bedrohung, Diskriminierung und anderen belastenden Vorfällen.

Im Jahr 2025 nahmen 267 Menschen die Unterstützung der LOBBI in Anspruch. In 93 Fällen erfolgte die Beratung nach einem konkreten Angriff. Darüber hinaus suchten Betroffene Unterstützung nach diskriminierenden Erfahrungen, Beleidigungen oder mit Fragen zu rechtlichen Schritten und Verfahren. Viele Beratungen beziehen sich zudem auf länger zurückliegende Vorfälle, da die juristische Aufarbeitung und damit auch die Begleitung häufig über Jahre andauern.

Die Anliegen der Betroffenen sind sehr unterschiedlich. Oft geht es zunächst darum, das Erlebte zu verarbeiten, Stabilität zurückzugewinnen und wieder Sicherheit im Alltag herzustellen. Viele berichten von anhaltender Verunsicherung, Angst und dem Gefühl, sich im öffentlichen Raum nicht mehr sicher zu fühlen. Entsprechend nimmt die psychosoziale Begleitung – also stabilisierende und entlastende Gespräche – eine zentrale Rolle ein. Ebenso wichtig ist die Unterstützung im Umgang mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten sowie die Vermittlung zu spezialisierten Rechtsanwält:innen oder weiteren Hilfsangeboten.

Die Beratungspraxis macht zugleich strukturelle Probleme sichtbar. In vielen Regionen fehlen ausreichende therapeutische Angebote für Betroffene von Gewalt. Spezialisierte Einrichtungen sind schwer erreichbar oder nicht ausreichend ausgestattet. Für Betroffene bedeutet das häufig lange Wartezeiten, weite Wege oder im schlimmsten Fall gar keinen Zugang zu passender Unterstützung. Dies kann dazu führen, dass sich psychische Belastungen verfestigen und die Folgen der Gewalt langfristig wirken.

Neben psychosozialer Stabilisierung und Begleitung der rechtlichen Abläufe umfasst die Arbeit auch ganz praktische Unterstützung – etwa bei der Wohnungssuche nach einem Angriff, bei Sicherheitsfragen oder im Umgang mit Bedrohungen, auch im digitalen Raum. Zunehmend

wenden sich zudem Einzelpersonen, Initiativen und Vereine an die Beratungsstelle, um Schutz- und Sicherheitskonzepte zu entwickeln.

Ein erheblicher Teil der Beratungsanliegen steht in direktem Zusammenhang mit Gewalttaten. Viele weitere Fälle betreffen Bedrohungen, Beleidigungen oder Diskriminierung unterhalb der Gewaltschwelle, die dennoch erhebliche Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl und die Lebensrealität der Betroffenen haben. Insgesamt ist das Beratungsaufkommen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.

Viele Betroffene berichten über die unmittelbaren Folgen hinaus von einem zunehmenden Gefühl der Unsicherheit im Alltag. Wiederkehrende Angriffe, mangelnde gesellschaftliche Solidarität und Erfahrungen von Relativierung oder Umkehr von Täter-Opfer-Verhältnissen tragen zu einer hohen psychischen Belastung bei. Auch die Überlegung, das Bundesland zu verlassen, spielt in Beratungsprozessen immer häufiger eine Rolle. Betroffene berichten von einem Klima wachsender Unsicherheit, insbesondere außerhalb größerer Städte.

Ausblick

Die zunehmende Verschärfung der Situation wirkt für viele Betroffene nicht nur unmittelbar bedrohlich, sondern auch nachhaltig lähmend. Verstärkt wird diese Wirkung durch die Erfahrung, nicht ernst genommen zu werden oder im Ernstfall nicht ausreichend Schutz zu erfahren. Diese Wahrnehmung trägt dazu bei, dass sich Menschen aus öffentlichen Räumen, politischem Engagement oder solidarischen Strukturen zurückziehen.

Parallel dazu sind die Strukturen, die Schutz, Beratung und Prävention leisten sollen, selbst zunehmend unter Druck. Einrichtungen der Sozialen Arbeit, Beratungsstellen und zivilgesellschaftliche Projekte sehen sich mit einer wachsenden Belastung konfrontiert, die durch unsichere Förderbedingungen, personelle Engpässe und teilweise offene Anfeindungen zusätzlich verschärft wird. Präventionsarbeit wird dadurch nicht nur erschwert, sondern in Teilen strukturell ausgehöhlt.

Diese Entwicklung fällt in eine Phase, in der rassistische, antifeministische und queerfeindliche und andere rechte Narrative zunehmend Anschlussfähigkeit im gesellschaftlichen Diskurs gewinnen. Was lange als randständig galt, ist in Teilen sagbar geworden und wird dadurch anschlussfähig für konkrete Gewaltverhältnisse. Die Grenze zwischen Diskursverschiebung und physischer Eskalation ist dabei nicht scharf, sondern zeigt sich in einer schrittweisen Normalisierung von Abwertung, die reale Folgen für Betroffene hat. Die organisierte Neonaziszene erfährt derweil im Windschatten dieser entwicklungen wieder unbehelligt Aufwind.

Vor diesem Hintergrund reicht es nicht aus, rechte Gewalt ausschließlich als Abfolge einzelner Vorfälle zu betrachten. Sie ist eingebettet in ein gesellschaftliches Umfeld, in dem sich Verschiebungen in Sprache, Politik und öffentlicher Wahrnehmung gegenseitig verstärken. Wenn diese Dynamiken nicht aktiv begrenzt werden, entsteht ein Klima, in dem Rückzug, Unsichtbarkeit und Unsicherheit für immer mehr Betroffene zur alltäglichen Realität werden.